



DEMOKRATESCH
PARTEI

EUROPA.

STÄRKEN, WAT EIS SCHÜTZT.

Wahlprogramm 2024-2029



DEMOKRATESCH PARTEI
2A rue des Capucins,
L-1313 Luxembourg
Tél.: 22 10 21 | dp@dp.lu | www.dp.lu



VORWORT

Die Europäische Union ist seit Jahrzehnten ein Garant für **Frieden, Stabilität und Wohlstand**. Ihre wertegeleitete Politik hat das Ziel, den Menschen ein Leben in persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit zu ermöglichen.

Aber die Zeiten sind stürmischer geworden in den letzten Jahren – in Europa und der ganzen Welt. Wir sind konfrontiert mit **gesellschaftlichen Umbrüchen, klimatischem Wandel und geostrategischen Risiken**.

Wir können diese großen Herausforderungen nur dann bewältigen, wenn wir **in Europa die Probleme gemeinsam anpacken!** Nur zusammen als Europäerinnen und Europäer lösen wir die Aufgaben, die ein Staat alleine nicht bewältigen kann. Das gilt besonders für unser kleines Land im Herzen Europas: Luxemburg ist stark, wenn Europa stark ist.

Dafür brauchen wir eine Europäische Union, die **selbstbewusst, widerstandsfähig und vor allen Dingen handlungsfähig** ist. Wir müssen die EU und ihre Institutionen jetzt stärken: für ein Leben in Frieden und Freiheit, mit Wohlstand und sozialer Sicherheit. Dabei dürfen wir keine Zeit verlieren!

Europa. Stärken, wat eis schützt.

Dafür für stehen wir, dafür steht die Demokratische Partei.



GUSTY
GRAAS

JANA
DEGROTT

CHARLES
GOERENS

AMELA
SKENDEROVIĆ

NANCY
BRAUN

CHRISTOS
FLOROS

Inhalt

I. Außergewöhnliche Umstände	5
II. Die Prinzipien	7
III. Die Methode	9
IV. Vorschläge der DP für die Europawahlen	10
1. Unsere Prioritäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich	10
1.1 Eine Wirtschaft im Dienst der Bürger	10
1.2 Eine Sozialpolitik im Dienst der Bürger	12
2. Den Klimawandel wirksam bekämpfen	14
3. Die Gemeinsame Agrarpolitik	15
4. Gesundheit	16
5. Starke Institutionen im Dienst einer leistungsfähigen EU: Demokratischer Wandel für eine bessere Rechtsetzung	17
6. Vorbereitung der EU und der Kandidatenländer auf künftige Erweiterungen und Unterstützung der Kandidatenländer beim Beitritt	18
6.1 Ja zur schrittweisen Aufnahme neuer Mitgliedstaaten	18
7. Die Außen- und Verteidigungspolitik der EU	19
8. Neue Migrationspolitik	21
9. Rechte und Werte	22
10. Bessere Perspektiven für unsere Jugend	23
11. Kultur	24

I. Außergewöhnliche Umstände

Von 2019 bis 2024 haben verschiedene europäische und globale Ereignisse das Leben der Europäischen Union und damit auch das unseres Landes als Mitgliedstaat tiefgreifend geprägt. Die Union befindet sich daher heute in einer Situation, wie sie sie noch nie zuvor erlebt hat, und steht vor großen Schwierigkeiten und Herausforderungen für ihre Zukunft.

„Hört auf, uns zu sagen, was wir wollen“ stand auf einem Plakat bei einer der größten pro-europäischen Demonstrationen in der Geschichte der Europäischen Union. Es ist der 23. März 2019. Die Demonstration in London, an der eine beeindruckende Anzahl junger Menschen teilnimmt, schafft es nicht mehr, den Brexit in Frage zu stellen. Die Würfel sind gefallen, das Vereinigte Königreich wird wenige Monate später die Europäische Union verlassen. Die Gewissheit, dass die EU niemals einen Mitgliedstaat verlieren könnte, ist erschüttert. Mit Lügen und der Manipulation der öffentlichen Meinung haben die Kritiker der europäischen Integration ihr Ziel erreicht. Der Brexit markierte den Beginn dieser Legislaturperiode, die in wenigen Monaten zu Ende gehen wird.

Am 16. November 2019, nur wenige Tage nach dem Amtsantritt der von der Leyen-Kommission, macht das SARS-CoV-2 zum ersten Mal von sich reden. Niemand weiß am Ende des Jahres 2019, dass wir am Vorabend einer Katastrophe stehen, die die ganze Welt in gesundheitlicher, gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer, finanzieller und haushaltspolitischer Hinsicht beeinflussen wird. Wenn das Virus beginnt, Millionen von Menschen zu infizieren, wird das berühmte „Koste es, was es wolle“ nun zur Verhaltensregel für die Haushaltspolitik unserer Mitgliedstaaten. Die Bewegungsfreiheit der Menschen wird behindert, eine Ausgangssperre verhängt, die meisten Schulen bleiben geschlossen. Die globalen Lieferketten sind unterbrochen, die Industrieproduktion geht zurück und unsere Volkswirtschaften befinden sich in einer Rezession.

Am frühen Morgen des 24. Februar 2022 marschiert Russland in die Ukraine ein und begründet dies damit, dass es im Rahmen einer, wie es sagt, „militärischen Spezialoperation“ sogenannte Nazis bekämpfen wolle. Der Herrscher im Kreml nimmt die angebliche Absicht der NATO, sich nach Osten auszudehnen, als Vorwand. In Wirklichkeit fürchtet Putin nicht die Ausdehnung der NATO, sondern vor allem die Ausdehnung der Demokratie. Am 5. April desselben Jahres signalisierten die Massaker der russischen Armee an Zivilisten in Butscha die Rückkehr der Barbarei in das Herz Europas. Inzwischen schreckt Moskaus Kriegsrhetorik vor nichts mehr zurück, nicht einmal vor der atomaren Bedrohung. Die Siebenundzwanzig einigen sich auf ein Dutzend Sanktionspakete gegen Russland. Die NATO bereitet sich auf die Aufnahme von Finnland und Schweden vor, die beschlossen haben, ihre Neutralität aufzuheben.

Der Klimawandel und der Rückgang der biologischen Vielfalt, die schon lange vor Beginn dieser Legislaturperiode auf der Tagesordnung der EU standen, werden noch viele Jahre lang auf dieser Agenda bleiben. Der von der Kommission für 2019 angekündigte Green

Deal soll die im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eingegangenen Verpflichtungen in die Realität umsetzen. Gleichzeitig informieren uns die Vereinten Nationen, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von 4,2 Billionen US-Dollar pro Jahr weltweit mobilisiert werden müssen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen zu können.

Ein sehr grober Rückblick auf die letzten fünf Jahre erinnert uns also daran, wie unberechenbar die Zukunft geworden ist. Die Klimakatastrophe war zwar schon lange vor 2019 in den Köpfen der Menschen präsent, doch die Coronakrise und der Krieg in der Ukraine haben uns gezeigt, wie riskant es heutzutage geworden ist, selbst für sehr kurze Zeiträume noch verlässliche Prognosen zu erstellen.

Die Menschheit steht heute vor existenziellen Krisen, die sozusagen alle menschlichen Ursprungs sind. Angesichts all dieser Herausforderungen verfolgen wir einen Ansatz, der darauf abzielt, über unsere politische Familie hinaus alle Kräfte zu mobilisieren, die dazu beitragen können, Spannungen abzubauen und Mehrheiten zu finden, die für die Bestätigung unserer demokratischen Werte und die Suche nach wirksamen Lösungen für die Probleme, die unsere Existenz bedrohen, unerlässlich sind.

Der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments hat gerade die fünfzehn größten Risiken veröffentlicht, die die Europäische Union in naher Zukunft wahrscheinlich herausfordern werden. Zu diesen Risiken gehören:

- die Versuche Russlands, Europa zu destabilisieren,
- die aggressive Politik Chinas gegenüber Taiwan,
- die Instrumentalisierung der irregulären Einwanderung an den Grenzen Europas,
- Klimaverschlechterung, Verlust oder Kollaps der biologischen Vielfalt,
- eine Zunahme von Infektionen aufgrund von antimikrobiellen Resistenzen (Antibiotikaresistenz),
- die Unsicherheit der Energieversorgung,
- ein rascher Anstieg der Staatsverschuldung in Europa...

Auf dieser Liste hätte noch die Kehrtwende in der amerikanischen Sicherheitspolitik stehen können. Für die Siebenundzwanzig bedeutet dies, wenn nicht das Ende der transatlantischen Solidarität, so doch zumindest das Ende der transatlantischen Solidarität zu einem für die Europäer günstigen Tarif. Die Ankündigung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Staaten, auf die Verteidigung europäischer Länder verzichten zu wollen, deren Verteidigungsanstrengungen er für unzureichend hält, stürzt das Atlantische Bündnis in eine Vertrauenskrise, von der es sich nicht so schnell erholen wird. Diese Erklärung, die für die Europäer zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt kommt, beendet somit die Illusion eines geeinten und solidarischen Westens, der bereit ist, seine Kräfte zu bündeln, um den Versuchen feindlicher Mächte, unsere Staaten zu destabilisieren, entgegenzuwirken. Umso wichtiger ist eine starke politische, wirtschaftliche und militärische Union Europas!

II. Die Prinzipien

Im Vertrag von Lissabon wurde der Grundsatz der Unumstößlichkeit der Menschenwürde in Artikel 2 verankert. Tatsächlich gründet sich unsere Union auf „die Werte der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte, die Minderheiten angehören“. In den letzten zehn Jahren haben sich die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit so stark vermehrt, dass die Einhaltung der Grundwerte insbesondere durch Ungarn und Polen in Frage gestellt wird.

Die Achtung der Menschenwürde ist die Grundlage für das Handeln der Europäischen Union. Alle Mitgliedstaaten haben sich dazu bekannt, die einen bei der Ratifizierung der Verträge, die anderen bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union, indem sie die Kopenhagener Kriterien erfüllten.

Dies betrifft in erster Linie die Achtung der Grundwerte. Diese sind in Artikel 2 des Vertrags von Lissabon definiert, während Artikel 7 die Sanktionen festlegt, die gegen einen Mitgliedstaat verhängt werden, der von diesen Werten abweicht. Grundsätzlich kann einem Staat, der gegen die Grundrechte verstößt, das Stimmrecht im Rat entzogen werden. Die Sanktion kann jedoch nur angewendet werden, wenn 26 Staaten dies beschließen. Wir wollen, dass die Einstimmigkeitsregel abgeschafft wird und Sanktionen gegen einen Staat, der der Missachtung der Grundwerte beschuldigt wird, mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden können.

Das Prinzip der „*ever closer union*“ beschäftigt eigentlich nur noch die Historiker. Das Prinzip einer „immer engeren Union“ tauchte wieder auf, als das Vereinigte Königreich sich anschickte, die EU zu verlassen, und geriet dann wieder in Vergessenheit. Wir müssen feststellen, dass in vielen Mitgliedstaaten der Wille, die Union in so wichtigen Bereichen wie Außenpolitik, Verteidigung oder Solidarität bei der Aufnahme von Migranten zu stärken, der Gleichgültigkeit und dem Rückzug in die eigene Welt gewichen ist. Die politische Debatte muss sich wieder auf die Frage konzentrieren, wie die Funktionsweise der EU verbessert werden kann. Die EU muss ihre Entscheidungsmechanismen verbessern, um die oftmals existenziellen Gefahren abzuwenden, die, wenn wir nicht aufpassen, die Europäischen Union selbst gefährden könnten. Dies gilt insbesondere vor der Aufnahme neuer Mitglieder.

2022 prangert das Europäische Parlament den „Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn“ an, wodurch das Land zu einem hybriden Regime einer Wahlaokratie wird. In der Zwischenzeit ist ein Rechtsstaatlichkeitsmechanismus für EU-Gelder in Kraft, der seit dem 1. Januar 2021 gilt.

Dieser Mechanismus ermöglicht es der Europäischen Kommission, die Auszahlung von Geldern an einen Mitgliedstaat zu blockieren, der beschuldigt wird, EU-Gelder schlecht verwaltet zu haben oder sogar die Rechtsstaatlichkeit und die Grundwerte der EU verletzt

zu haben. Der Konditionalitätsmechanismus ist ein unbestreitbarer Fortschritt bei der Bekämpfung von Verstößen gegen unsere Werte.

Allerdings ist eine andere Bestimmung, nämlich der Entzug des Stimmrechts im Rat, mit der ein Mitgliedstaat bestraft werden kann, nach dem derzeitigen Stand des Vertrags von Lissabon quasi unwirksam. In Artikel 7 des Vertrags von Lissabon heißt es nämlich, dass diese Sanktionen einstimmig von allen Mitgliedstaaten außer dem betreffenden Staat verhängt werden müssen. Da es sehr unwahrscheinlich ist, dass alle Mitgliedstaaten die gleiche Position vertreten, ist Artikel 7 so gut wie wirkungslos.

Der **Grundsatz des gesunden und unverfälschten Wettbewerbs** regelt das Funktionieren des Binnenmarkts. Der Grundsatz ist kein Selbstzweck, sondern zielt darauf ab, allen Wirtschaftsakteuren eine faire Behandlung zu garantieren. Im Falle einer schweren Krise können jedoch zeitweise Ausnahmen von diesem Grundsatz gerechtfertigt sein. Ohne die Finanzspritze von Hunderten von Milliarden Euro für europäische Unternehmen wären große Teile der europäischen Wirtschaft, darunter viele systemrelevante Sektoren, von der Coronakrise und von der Unterbrechung der Lieferketten verwüstet worden. Die Europäische Union hat gut reagiert und sich auf die Seite der Opfer der Krise gestellt.

Es ist unbestreitbar, dass die Kommission den Mitgliedstaaten in den dramatischsten Momenten des Wirtschaftsabschwungs viel Spielraum bei der Gewährung staatlicher Beihilfen für Unternehmen, die in ihrer Existenz bedroht waren, gelassen hat. Die Schwere der Krise in den Jahren 2020 bis 2022 rechtfertigte zwar die Ausnahmen vom Grundsatz des gesunden und unverfälschten Wettbewerbs, die Beibehaltung dieser Ausnahmeregelungen würde der europäischen Wirtschaft und in erster Linie den Unternehmen in den kleinen und mittleren EU-Mitgliedstaaten jedoch stark schaden.

Was die Handelspolitik der EU betrifft, so wird diese angesichts der Tatsache, dass unsere Handelspartnerschaften nicht mit den Verpflichtungen übereinstimmen, die 196 Länder im Rahmen des Pariser Klimaabkommens eingegangen sind, zunehmend kritisiert. So schreibt die EU in ihrem Bestreben, den Erfordernissen der Bekämpfung des Klimawandels gerecht zu werden, einerseits drastische Reduzierungen der Anzahl der Nutztiere in landwirtschaftlichen Betrieben vor. Andererseits räumt die gleiche EU ihren Partnern im Rahmen der kürzlich ausgehandelten Abkommen recht umfangreiche Exportquoten für Rind- und Schaffleisch ein. Daher ist es wichtig, dass die EU stärker auf die Einhaltung der Kohärenz der Politik achtet.

III. Die Methode

Im Laufe der Jahre hat sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments grundlegend verändert. Eine deutlich stärkere Vertretung von Delegationen, die Faschisten in ihren Reihen dulden, hat die politischen Fraktionen, die sich auf die Grundwerte der Union berufen, dazu veranlasst, sich jede Form der Zusammenarbeit mit diesen Extremisten zu verbieten. Aus diesem Grund ist die Aufrechterhaltung eines „Cordon sanitaire“ um diese politischen Gruppierungen weiterhin voll und ganz gerechtfertigt.

Ein zweiter Grund zur Sorge ist die Tendenz zur Radikalisierung, die innerhalb des Koalitionsblocks, der von den drei stärksten Kräften im Europäischen Parlament gebildet wird, zu beobachten ist. Die legendäre Kompromissbereitschaft ist einer angespannteren Beziehung zwischen den großen Fraktionen und manchmal auch innerhalb der Fraktionen gewichen. Im Rahmen der Arbeiten zur Umsetzung des Green Deal traten die ersten größeren Differenzen zutage. Besonders verhärtet waren die Fronten bei den Diskussionen über die Gesetze zur Wiederherstellung der Natur und zur Verringerung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft. Zunehmend parteiische Haltungen auf beiden Seiten lassen Zweifel daran aufkommen, ob die EU in der Lage ist, die im Pariser Klimaabkommen verankerten Verpflichtungen in EU-Recht umzusetzen. Um einer systemischen Unfähigkeit der europäischen Mitgesetzgeber, ihre Aufgabe zu erfüllen, vorzubeugen, ist es wichtig, die richtigen Lehren aus den jüngsten Fehlschlägen zu ziehen. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich die Differenzen weniger in Bezug auf die Ziele des Green Deal als vielmehr in Bezug auf die Durchführbarkeit der geplanten Maßnahmen in der Praxis.

In einem ersten Schritt wird es darum gehen, die Lage zu beruhigen. Der nächste Schritt wäre die Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen den verantwortlichen politischen Gruppierungen. Zu diesem Zweck müssen sowohl die Kommission als auch der Rat und das Parlament die notwendige Selbstreflexion durchführen, wenn sie das Vertrauen der von den EU-Regelungen betroffenen Bürger zurückgewinnen wollen. Viele Reformen wurden vor ihrer Umsetzung in die Realität nicht ausreichend mit den Fachleuten auf ihre Durchführbarkeit geprüft. Das Ergebnis ist, dass übereilte und missverstandene Reformen zu gefährdeten Reformen wurden. Unserer Ansicht nach sollten sich Kommission, Parlament und Rat auf **ein einjähriges Moratorium für neue Verwaltungslasten einigen, in** dessen Verlauf ein Abbau der Bürokratie geprüft und vorgeschlagen werden sollte.

IV. Vorschläge der DP für die Europawahlen

Angesichts der oben stehenden Ausführungen legt die DP ihre politischen Prioritäten für das Europa von morgen in den folgenden Bereichen fest:

1. Unsere Prioritäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich

1.1 Eine Wirtschaft im Dienst der Bürger

Die DP setzt sich für eine wettbewerbsfähige, widerstandsfähige und nachhaltige Wirtschaft ein, die Arbeitsplätze schafft. Die Unterbrechungen der Lieferketten während der COVID-19-Pandemie haben uns vor Augen geführt, wie stark die EU in den Schlüsselbereichen ihrer Wirtschaft abhängig ist. Eingeklemmt zwischen chinesischem Dumping und amerikanischem Protektionismus kann sich die EU offensichtlich nur noch auf sich selbst verlassen. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie dem gnadenlosen Wettbewerb, dem sie von China und den USA ausgesetzt ist, schutzlos ausgeliefert ist. Um weiterhin eine führende Wirtschaftsmacht zu bleiben, muss die EU die doppelte Herausforderung des ökologischen und digitalen Wandels meistern. Um dies zu erreichen, muss die EU sehr umfangreiche Finanzmittel mobilisieren. Derzeit verfügt sie bis 2027 noch über eine Investitionskapazität von 1,1 Billionen Euro. Dieser Betrag verteilt sich auf verschiedene, sehr gut ausgestattete EU-Fonds, genauer gesagt auf den Post-Covid-Recovery-Fonds und den Regionalfonds. Es muss jedoch eingeräumt werden, dass diese Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Daher ist es wichtig, den Zugang zu diesen Fonds zu erleichtern, um Initiativen zu fördern, die dazu beitragen können, dass Europa beim ökologischen und digitalen Wandel in der ersten Liga bleibt. Die Mittel des Regionalfonds sollten teilweise für den ökologischen Übergang eingesetzt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen beispiellose Anstrengungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien unternommen werden, um langfristig in der Lage zu sein, sich schneller aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu lösen.

Es kann nicht sein, dass Europa in Zukunft keinen Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten hat, nur weil sie anderswo hergestellt werden. Es ist jedoch illusorisch zu glauben, dass die EU über Nacht alle nach China ausgelagerten Aktivitäten zurückholen könnte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Um die Versorgung unserer Apotheken zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, in Europa strategische Arzneimittelreserven zu schaffen, die Engpässe auf dem europäischen Kontinent verhindern könnten. Es ist nicht möglich alle Giganten der Medizin und der Pharmaindustrie zu repatriieren.

Die Zeiten des billigen Gases, der Kredite zu Negativzinsen und des Wohlwollens der USA gegenüber Europa in Verteidigungsfragen sind vorbei. Die EU steht allein vor dieser neuartigen Situation.

Darüber hinaus hat die Ausweitung der öffentlichen Defizite ab 2020 die Fähigkeit der EU-Mitgliedstaaten, in die Wirtschaft einzugreifen, erheblich eingeschränkt. Angesichts der aus den Nähten platzenden öffentlichen Finanzen, der begrenzten Haushaltskapazitäten und einer mehr als besorgniserregenden Entwicklung in Bezug auf die territoriale, wirtschaftliche und in der Folge auch soziale Sicherheit fällt der EU die historische Aufgabe zu, den freien Teil unseres Kontinents wieder auf Vordermann zu bringen. Dieser neue Blickwinkel veranlasst uns, unsere Prioritäten neu zu definieren.

Damit die EU erfolgreich sein kann, ist es wichtig, ein administratives, steuerliches und wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das gegenüber unseren Konkurrenten wettbewerbsfähig ist, und alle Wirtschaftsakteure auf globaler Ebene dazu zu bringen, die Bedingungen, die für die Rettung unseres Planeten unerlässlich sind, vorbehaltlos einzuhalten.

Unsere Prioritäten sind:

- die Verpflichtungen aus **dem Pariser** Klimaabkommen zu **erfüllen** und die Verpflichtungen aus dem Green Deal in die Tat umzusetzen;
- **Wahrung eines multilateralen Rahmens, der** die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) respektiert;
- Entschlossenheit, unsere Position an der Spitze des **Handels zu** verteidigen;
- **Reindustrialisierung Europas**, um die strukturelle Abhängigkeit in so wichtigen Zukunftsbereichen wie Batterien, Mikroprozessoren, Pharmazeutika und künstliche Intelligenz zu verringern. Die Reindustrialisierung Europas bedeutet keineswegs die Rückführung aller Unternehmen, die in den vergangenen Jahrzehnten nach Asien ausgelagert wurden. Vielmehr geht es darum, in Europa die Grundlagen für die Wirtschaft von morgen, für die Jahre 2035 bis 2050, zu schaffen.

Die Entwicklung der Mikroprozessorproduktion in der EU ist nur ein Beispiel dafür, dass die Reindustrialisierung in unseren Ländern bereits beginnt, Gestalt anzunehmen. Allerdings muss sich die EU fragen, ob ihre Entscheidungen in Bezug auf die Industriestrategie ehrgeizig genug sind. Denn zu einem Zeitpunkt, an dem die amerikanische Wirtschaft spektakulär abhebt, vor allem dank ihres „Inflation Reduction Act“, droht der EU, die weniger mutig ist, eine Rezession;

- Die EU mit einem wirtschaftlichen, steuerlichen, sozialen und administrativen Umfeld ausstatten, das **Kreativität und Unternehmergeist fördert**;
- Zu diesem Zweck fordern, dass sich die nächste Kommission verpflichtet, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern, und einen Kommissar für **Verwaltungsvereinfachung** ernannt;
- Parallel zur **Digitalisierung** unserer Wirtschaft den **Kampf gegen die Cyberkriminalität** ausbauen. Europa muss darauf vorbereitet werden, seine digitale Infrastruktur zu verteidigen, damit unsere Krankenhäuser, Rettungsdienste, öffentlichen Dienste, Finanzdienstleistungen usw. reibungslos funktionieren können. Da wir von unseren digitalen Diensten abhängig geworden sind, kann jede

Unterbrechung für unsere Gesellschaft verheerend sein. Es besteht also Handlungsbedarf. Zu diesem Zweck muss sich die Agenda für ein digitales Europa auf die Entwicklung modernster Infrastrukturen für die Cybersicherheit konzentrieren, wie z. B. das europäische Cyberschild oder den Cyber Solidarity Act;

- Fortsetzung der Investitionen in **Forschung und Entwicklung**, die es uns ermöglichen, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Besondere Anstrengungen sind im Energiesektor erforderlich. Die überhöhten Energiepreise in Europa beginnen nämlich, die stromintensiven Industrien als ernsthafte Hypothek zu belasten;
- Fortsetzung der Bemühungen, die Übereinstimmung von Systemen **künstlicher Intelligenz** mit den Grundrechten der EU zu gewährleisten. Dadurch schafft die EU Standards für den Schutz der Nutzer neuer Technologien, von denen zu hoffen ist, dass sie in einem globaleren Kontext angewendet werden. Die legislativen Fortschritte in diesem Bereich zeugen von der Fähigkeit der EU, Standards mit universeller Gültigkeit zu schaffen;
- unsere Rüstungsindustrie stärken, um unsere Armeen angemessen auszurüsten zu können. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Finanzierung unserer militärischen Unterstützung für die Ukraine gesichert ist. Für den Fall, dass die EU-27 die erforderlichen Mittel nicht aufbringen kann, sollte die EU zu diesem Zweck eine europäische Anleihe auflegen. In der Tat ist die Sicherheit Europas in sehr hohem Maße von unseren Verteidigungsfähigkeiten abhängig geworden. Die Verpflichtung, unsere Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen und unsere militärische Solidarität mit der Ukraine zu stärken, macht es unumgänglich, kurzfristig sehr hohe Finanzmittel zu mobilisieren.

1.2 Eine Sozialpolitik im Dienst der Bürger

Ungeachtet der Tatsache, dass große Teile der Sozialpolitik in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, kann die EU im Einklang mit den festgelegten Grundsätzen sozialer Rechte einen positiven Einfluss auf die soziale Entwicklung in unseren Ländern haben. Zugegebenermaßen kann die EU nur begrenzte Haushaltsmittel für den sozialen Sektor bereitstellen.

Trotz ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten kann sie jedoch Einfluss auf die Entscheidungen der Mitgliedstaaten nehmen, indem sie diese im Rahmen des Europäischen Semesters auffordert, soziale Prioritäten ausreichend zu berücksichtigen. Das Ziel der Eindämmung der öffentlichen Ausgaben und die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Sozialmaßnahmen führen zu schmerzhaften Haushaltsabwägungen. Es ist jedoch unsere Pflicht, sowohl dem Finanzierungsbedarf der Sozialpolitik als auch der Notwendigkeit, unsere öffentlichen Finanzen zu sanieren, gerecht zu werden.

Die Rückkehr zu einer Austeritätspolitik ist aus unserer Sicht nicht die angemessene Antwort auf die gegenwärtige Situation. Mutige Maßnahmen zur Förderung eines von der

Klimaverschmutzung abgekoppelten Wirtschaftswachstums sind unerlässlich und wahrscheinlich wirksamer als die Rückkehr zu übertriebener Haushaltsdisziplin, um die öffentlichen Finanzen auf die Standards des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückzuführen.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) schrittweise, aber entschlossen in die globale Marktwirtschaft zu integrieren. Die EU muss weiterhin auf dieses Ziel hinarbeiten, insbesondere im Rahmen ihrer Handelsbeziehungen mit Drittländern.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie relevant die Suche nach neuen Arbeitsformen ist. Im Bereich der Telearbeit konnten beachtliche Fortschritte beobachtet werden. Die DP erwartet, dass die Kommission weiterhin eine Vermittlerrolle bei der Förderung neuer Arbeitsformen spielen wird.

Gerade im Bereich der Umsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen in nationales Recht verfügt die EU über eine unbestreitbare Macht. Die DP unterstützt die Kommission und die Mitgesetzgeber nachdrücklich in ihren Bemühungen, die verbleibenden Hindernisse im Bereich der Gleichbehandlung zu beseitigen.

Die DP ermutigt die Kommission darüber hinaus, ihre Rolle als politischer Impulsgeber wahrzunehmen, insbesondere für die Integration von Menschen mit Behinderungen in das Schul- und Berufsleben sowie in die Politik.

Die DP betont, dass die EU-Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beachten müssen. Diese Konvention sollte als Leitfaden für die Gewährleistung einer echten Gleichstellung in der EU dienen.

Die DP setzt sich dafür ein, dass der Europäische Behindertenausweis schnell eingeführt wird. Dieser Ausweis wird eine einheitliche Anerkennung des Status von Menschen mit Behinderungen in allen EU-Ländern gewährleisten. Sie wird nicht nur den Zugang zu Freizeit, Kultur und Sport umfassen, sondern auch zu allen Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen, einschließlich Transport und kommerzielle Dienstleistungen.

Die DP plädiert für die Einrichtung eines Behindertenausschusses im Europäischen Parlament nach den Europawahlen 2024, der die europäische Behindertenbewegung aktiv einbeziehen soll.

Abschließend empfiehlt die DP die Einrichtung einer neuen EU-Agentur, die sich der Barrierefreiheit widmet. Diese Agentur, die sich an der Arbeit des Zentrums „Accessible EU“ orientiert, würde die Aufgabe haben, die Umsetzung aller EU-Rechtsvorschriften zur Barrierefreiheit zu erleichtern.

Die DP erkennt auch an, dass nach Angaben der Kommission im Jahr 2022 95,3 Millionen Menschen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren (das entspricht 21,6% der EU-Bevölkerung). Die DP wird sich daher bemühen, Lösungen zu finden, um

die Zahl der Menschen, die in Armut leben und/oder von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, auf europäischer Ebene zu verringern.

2. Den Klimawandel wirksam bekämpfen

Es ist unbestreitbar, dass der Klimawandel eine große Herausforderung für die Gesellschaft darstellt. Dies wird durch wissenschaftliche Statistiken belegt. Es müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, um die schädlichen Emissionen, die zum Treibhauseffekt führen, deutlich zu reduzieren. Die DP verpflichtet sich daher, die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Verpflichtungen umzusetzen und die im Green Deal festgelegten Verpflichtungen in die Realität umzusetzen.

Im Einklang mit der letzten COP28 in Dubai sind Investitionen in die Verbreitung erneuerbarer Energien von höchster Dringlichkeit. Europa kann und muss eine globale Vorreiterrolle einnehmen. Die DP unterstützt alle Initiativen zur Verbesserung der klimatischen Bedingungen und der biologischen Vielfalt. Es wurde beschlossen, dass die EU-Länder ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% senken müssen. Ziel ist es, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Ein ehrgeiziges, aber realistisches Ziel, das von der DP unterstützt wird.

Um sicherzustellen, dass der Klimawandel gerecht verläuft, müssen die Regionen, die am stärksten vom Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft betroffen sind, finanziell und technisch unterstützt werden. Daher muss die EU noch mehr finanzielle Unterstützung für diesen Zweck mobilisieren. Es kann nicht ignoriert werden, dass der Übergang zur Klimaneutralität große Chancen für Wirtschaftswachstum, Märkte und Arbeitsplätze sowie für die technologische Entwicklung bietet.

Die DP setzt sich für einen starken und ambitionierten Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in ganz Europa ein. So muss die Erhaltung und Wiederherstellung eines Großteils der verschiedenen Ökosysteme auf unserem Kontinent konsequent fortgesetzt werden. Insbesondere im Rahmen der Klimakrise ist die Schaffung von „Kohlenstoffsenkern“ von einzigartiger Bedeutung. Daher unterstützt die DP vollkommen das Ziel, bis 2030 mindestens eine Milliarde Bäume zu pflanzen, Projekte wie die internationale „4-Prozent-Initiative“ zur Erhöhung der Kohlenstoffspeicherkapazität von Böden und die Schaffung eines europäischen Rahmens für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von Kohlenstoff.

Eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und ein starker Umweltschutz sind gleichbedeutend mit der Entwicklung der Kreislaufwirtschaft. Um mittelfristig alle Einwegartikel, insbesondere Einwegplastikartikel, zu vermeiden und sicherzustellen, dass nur recycelbare Produkte auf den Markt gebracht werden, setzt sich Die DP für die Einführung von Mehrwegverpackungssystemen auf europäischer Ebene ein. So sollten bis 2030 alle Kunststoffverpackungen so gestaltet sein, dass sie wiederverwendbar oder recycelbar sind.

Darüber hinaus setzt sich die DP auf EU-Ebene für ein Verbot der geplanten Obsoleszenz (geplante Veraltung von Produkten) sowie für einen allgemeinen „Ökodesign“-Ansatz ein, so dass Produkte von Anfang an für Reparatur und Recycling konzipiert werden, und zwar über die derzeit geltenden Standards hinaus.

3. Die Gemeinsame Agrarpolitik

Das Ausmaß der jüngsten Demonstrationen der Landwirte spiegelt nur das tiefe Unbehagen eines Berufsstandes wider, der sich durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) schlecht behandelt fühlt. Die Unzufriedenheit der Landwirte richtet sich sowohl gegen den übermäßigen Verwaltungsaufwand als auch gegen den Ausverkauf von Agrarprodukten, von denen einige, insbesondere Getreide, heute zu niedrigeren Preisen verkauft werden als in den 1960er Jahren.

So sieht sich der Primärsektor mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, von denen die wichtigsten den Druck auf die Agrarpreise und den schwierigen ökologischen Wandel betreffen.

Mittelfristig wird der Beitritt neuer Länder zur EU die Funktionsweise der Gemeinsamen Agrarpolitik in Frage stellen. Die Ukraine allein verfügt über eine landwirtschaftliche Gesamtfläche, die derjenigen von Frankreich und Deutschland zusammen entspricht. Eine Erweiterung in dieser Größenordnung ist ohne eine grundlegende Reform der GAP und eine erhebliche Aufstockung des EU-Haushalts nicht vorstellbar.

Bei der Umsetzung der neuen Regelungen, die im Rahmen des Green Deal verabschiedet wurden, zeigen sich die eigentlichen Schwierigkeiten. Die Kommission muss ihre Klimapolitik und insbesondere ihre Strategie „*From farm to fork*“ überdenken, und zwar nicht in Bezug auf die Ziele, sondern vielmehr in Bezug auf die Umsetzung.

Die massive Ablehnung der Verbotspolitik durch die Landwirte bedeutet keineswegs, dass die Landwirtschaft sich ihrer Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel entziehen will.

Wenn beispielsweise das Verbot eines Pestizids eine bestimmte landwirtschaftliche Produktion in Europa praktisch unmöglich macht, werden die gleichen Lebensmittel anderswo produziert, oft außerhalb Europas, wo die Beschränkungen nicht die gleichen sind oder gar nicht existieren. Angesichts dieser Situation spricht sich die DP für die allgemeine Einführung von „Spiegelklauseln“ in Handelsabkommen aus, deren Ziel es ist, dass unsere Handelspartner die gleichen Standards übernehmen, die unseren Landwirten auferlegt werden.

Was die Zuweisung von Ackerland für den Schutz der Biodiversität betrifft, wie es das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur vorsieht, setzt die DP auf Sensibilisierung, Dialog und Partnerschaft mit den Landwirten. Gleichzeitig plädiert sie für eine gerechte Entschädigungspolitik für die von diesen Maßnahmen betroffenen Landwirte. Die in diesem Fall zu zahlenden Entschädigungen müssen sowohl den entgangenen Gewinn für

die betroffene Parzelle als auch die Auswirkungen der Verringerung der landwirtschaftlichen Fläche auf die Rentabilität ihres Betriebs als Ganzes berücksichtigen.

Die DP ist davon überzeugt, dass die Entwicklung des ländlichen Raums in hohem Maße von seiner Innovationsfähigkeit abhängen wird, und unterstützt die Bemühungen im Bereich der wissenschaftlichen Forschung, um die europäische Landwirtschaft wieder zu einem führenden Sektor zu machen, der in der Lage ist, weltweit zu glänzen.

Bitte lesen Sie das entsprechende Kapitel im Wahlprogramm für die Parlamentswahlen 2023, um die Position der DP auf nationaler Ebene zur Agrarpolitik zu erfahren.

4. Gesundheit

Eine europäische Gesundheitspolitik muss in erster Linie auf die Prävention abzielen. Darüber hinaus muss sie dazu beitragen, die dringendsten Bedürfnisse der 27 Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich zu erfüllen. Der Schutz unserer Bürger ist in dem Maße besser gewährleistet, in dem die EU dazu beitragen kann, die Lücken bei medizinischen Geräten und Arzneimitteln zu schließen, die durch die COVID-19-Krise und insbesondere durch die Pannen, die sich bei der Störung der Lieferketten gezeigt haben, offenbart wurden. Zu diesem Zweck wäre es sinnvoll, für einen bestimmten Zeitraum Vorräte an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung anzulegen.

Die EU hat aus den Lehren, die sie aus der jüngsten COVID-19-Krise gezogen hat, ein Interesse daran, Entscheidungskompetenzen im Gesundheitsbereich aufzubauen. Die Europäische Kommission hat bereits in der Anfangsphase der Krise sehr schnell reagiert und damit den Weg für neue EU-Kompetenzen im Gesundheitsbereich aufgezeigt.

Daher muss die Idee einer Gesundheitsunion, die de facto bereits seit einiger Zeit existiert, konsequent weiterentwickelt werden. Um die medizinische Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss Europa seine Produktionskapazitäten dort, wo es möglich ist, erhöhen und seine Lagerkapazitäten dort, wo es unerlässlich ist, ausbauen.

Die DP unterstützt die Europäische Allianz für kritische Arzneimittel, die darauf abzielt, die Herstellung kritischer Arzneimittel in der EU zu stärken und die Lieferketten zu diversifizieren.

Darüber hinaus muss die medizinische Forschung in Europa stärker unterstützt werden. Obwohl Forscher über starke Netzwerke verfügen, die die Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedstaaten erleichtern, besteht die DP auf der Mobilisierung neuer Finanzen für Forschungsprojekte.

Die DP ist davon überzeugt, dass das enorme Potenzial digitaler Daten ausgeschöpft werden sollte, ohne den Datenschutz zu verletzen. Dies wäre sowohl für die Gesundheit der Bürger im Allgemeinen als auch für die Entwicklung innovativer Behandlungsmethoden im Besonderen von Vorteil und würde unserer europäischen

Software- und Technologieindustrie die Möglichkeit zu Innovationen geben, die allen unseren Bürgern zugutekommen. Die DP unterstützt die Entwicklung eines europäischen Raums für bestimmte Gesundheitsdaten, wodurch die Zusammenarbeit von Gesundheitsnetzen auf effiziente und anonymisierte Weise gefördert wird.

5. Starke Institutionen im Dienst einer leistungsfähigen EU: Demokratischer Wandel für eine bessere Rechtsetzung

Die internationale Ordnung, die früher noch von den USA dominiert wurde, ist seit einigen Jahren ziemlich erschüttert. Jeder einzelne EU-Mitgliedstaat spielt auf der internationalen Bühne nur noch eine marginale Rolle. Die Siebenundzwanzig und später die (möglicherweise) Fünfunddreißig können gemeinsam Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen, wenn sie bereit sind, ihre Kräfte zu bündeln und sich mit den Entscheidungsmechanismen auszustatten, die für das Funktionieren einer souveränen Macht erforderlich sind.

Dessen muss man sich schon jetzt bewusst sein und zu diesem Zweck einen *Konvent für die Revision der Verträge* vorsehen, dessen Aufgabe es sein wird, die unerlässlichen Anpassungen der Funktionsweise der EU an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts vorzuschlagen.

Bis zu einer Reform der Entscheidungsprozesse entscheidet der Rat derzeit noch mit einfacher Mehrheit über Verfahrensfragen. Wo eine *qualifizierte Mehrheit* gilt, sollte diese künftig von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten, die mindestens 50% der Bevölkerung der Union repräsentieren, beschlossen werden. Vertragsänderungen sollten mit einer *verstärkten qualifizierten Mehrheit* beschlossen werden, d. h. mit vier Fünfteln der Mitgliedstaaten, die mindestens 50 % der EU-Bevölkerung repräsentieren, wie das Europäische Parlament in seiner EntschlieÙung vom 22. November 2023 vorschlägt.

Wir befürworten die Abschaffung der Einstimmigkeit insbesondere in der Außenpolitik, bei der Finanzierung der EU und bei Fragen der Staatsbürgerschaft.

Was die Sanktionen gegen einen Mitgliedstaat, der gegen die Grundwerte der Union verstößt, betrifft, so sollten diese mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden können.

Die DP ist außerdem der Ansicht, dass es an der Zeit ist, **dem Europäischen Parlament ein legislatives Initiativrecht zu** geben. Es wird dringend notwendig, die **Rolle der europäischen politischen Parteien zu** stärken, indem die Hindernisse beseitigt werden, die sie daran hindern, ihre Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, die Debatte auf europäischer Ebene zu strukturieren.

Die DP unterstützt den Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Zeit, die den nationalen Parlamenten für die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfung von Gesetzesinitiativen der Kommission zugewiesen wird, um vier Wochen zu verlängern.

Die Empfehlungen der Konferenz über die Zukunft Europas sollten weiterverfolgt werden, indem ein regelmäßiger Austausch über wichtige politische Themen gefördert wird, an dem die Bürger und insbesondere junge Menschen beteiligt werden sollten.

Die DP wird sich weiterhin für die Rolle Luxemburgs als europäische Hauptstadt einsetzen, unsere Gastgeberrolle für mehrere EU-Institutionen und Agenturen verteidigen und deren reibungsloses Funktionieren sicherstellen.

6. Vorbereitung der EU und der Kandidatenländer auf künftige Erweiterungen und Unterstützung der Kandidatenländer beim Beitritt

Unsere eigene Geschichte hat uns gelehrt, besser zu verstehen, dass die Länder, die der EU beitreten wollen, entschlossen sind, ein neues Kapitel in der Geschichte der Unsicherheit, der Willkür, der militärischen Bedrohung und der Diskriminierung aller Art aufzuschlagen. Diesen Ländern eine Beitrittsperspektive zu bieten, bedeutet, ihnen ein Versprechen zu geben. Wir versprechen den Kandidatenländern, sie später in einer UNION willkommen zu heißen, die auf dem Grundsatz der Unumstößlichkeit der Menschenwürde beruht. Dieses Versprechen kann nur eingehalten werden, wenn die EU über die Mittel verfügt, um mit qualifizierter Mehrheit Sanktionen gegen den oder die Mitgliedstaaten zu verhängen, die die Grundwerte nicht mehr achten. Wir können uns nicht mehr damit zufrieden geben, dass die Kandidatenländer die Grundwerte allein zum Zeitpunkt ihres Beitritts zur EU einhalten. Ein reformierter Vertrag muss in der Lage sein, den Fortbestand dieser Werte zu gewährleisten.

Die Mitgliedstaaten, die über die Notwendigkeit von Veränderungen, die für das reibungslose Funktionieren der Union unerlässlich sind, gespalten sind, lassen somit Zweifel an ihrer Einheit und ihrer Fähigkeit, neue Kandidaten aufzunehmen, aufkommen. Es ist klar, dass die Kandidatenländer *eher einer geeinten als einer uneinigen EU* beitreten wollen. Es ist auf jeden Fall unverantwortlich, weiterhin zuzulassen, dass eine Minderheit von Mitgliedstaaten die EU ihrer Fähigkeit beraubt, neue Mitglieder aufzunehmen. Darüber hinaus müssen wir uns der Schwäche einer EU bewusst sein, die in der Außenpolitik weiterhin einstimmig entscheidet. Solange das Vetorecht nicht abgeschafft wird, bleibt die Erpressbarkeit eines einzelnen Mitgliedstaates bestehen und Putins Einmischung in die inneren Angelegenheiten der EU eine Realität.

6.1 Ja zur schrittweisen Aufnahme neuer Mitgliedstaaten

Es ist festzustellen, dass die Kandidatenländer im Allgemeinen zwar echte Anstrengungen unternehmen, um sich auf den Beitritt zur EU vorzubereiten, die EU jedoch nichts unternimmt, um ihre Aufnahmefähigkeit zu verbessern, weder in Bezug auf ihre Finanzierungskapazität noch in Bezug auf die institutionelle Reform. Ohne ihr

institutionelles Aggiornamento (Anpassung an moderne Verhältnisse) erweist die EU weder den Kandidatenländern noch sich selbst einen Dienst.

Die Kandidatenländer können jedoch nicht verstehen, dass man sie trotz ihres tatsächlichen Vorbereitungsstandes auf unbestimmte Zeit im Vorzimmer der EU belässt. Es kann daher nicht in Frage kommen, Kandidaten zu bestrafen, die unbestreitbar Anstrengungen unternommen haben, um sich uns anzunähern. Aus diesem Grund könnte ein Kandidatenland in einem ersten Schritt, falls es alle Kopenhagener Kriterien erfüllt, bereits in den EU-Binnenmarkt integriert werden. Ein Kandidatenland könnte auch, wenn es beispielsweise die Maastricht-Kriterien erfüllt, mit der Wirtschafts- und Währungsunion assoziiert werden. Und schließlich könnte derselbe Kandidat als Vollmitglied in die EU aufgenommen werden, sobald sich die EU auf eine Reform ihrer Regierungsführung geeinigt hat, die es ihr ermöglicht, mit 30 oder sogar 35 Mitgliedern gut zu funktionieren.

Die Alternative zu institutionellen Reformen bestünde darin, alles beim Alten zu lassen, die Grundwerte der EU ungestraft weiter zu untergraben und sich in der Außenpolitik mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden zu geben. Dies würde bedeuten, künftigen Generationen eine Gruppe von Staaten zu hinterlassen, die nur durch einige wirtschaftliche Interessen verbunden sind, kurzum einen zahnlosen Tiger, der in gewisser Weise einer Miniaturausgabe der Vereinten Nationen ähnelt, einem Forum, in dem die Unfähigkeit, etwas zu entscheiden, vorherrscht.

Die Teilnehmer der Konferenz über die Zukunft Europas sprachen sich eindeutig für ein Europa aus, das voranschreitet, Entscheidungen trifft und sich nicht von demjenigen lähmen lässt, der am wenigsten für den Haushalt tut oder die Grundrechte am wenigsten achtet. Die unnachgiebigen Gegner jeglicher Vertragsreform entsprechen eher den Erwartungen Moskaus als den Wünschen, die auf der Konferenz über die Zukunft Europas geäußert wurden. Bei den Anpassungen der Funktionsweise der EU sind die Bürger der Politik mehrheitlich voraus.

7. Die Außen- und Verteidigungspolitik der EU

Auf dem entschlossenen Weg zu einem Europa der Verteidigung darf kein Augenblick mehr verloren gehen. Denn die Verletzung der internationalen und insbesondere der europäischen Ordnung durch Russland hat unsere Prioritäten bei den Haushaltsentscheidungen und der Industriepolitik auf den Kopf gestellt.

Die Stimme der Europäischen Union in der Welt ist kaum wahrnehmbar, verglichen mit dem Einfluss, den Länder gleicher oder sogar geringerer Größe haben. Dabei wäre die EU in der Lage, wichtige Antworten auf globale Probleme zu geben, wenn sie ihre Arbeitsweise ändern würde. Paradoxerweise wird die Stimme des größten Gebers in den Bereichen humanitärer Hilfe und Entwicklung kaum wahrgenommen. Ob in Afrika oder im Nahen Osten, unabhängig vom Grad ihres Engagements ist die EU weit davon entfernt,

eine führende Rolle zu spielen. Ihre Unfähigkeit, in der internationalen Debatte wirklich Gewicht zu haben, ist weitgehend auf ihre interne Spaltung zurückzuführen.

Außerdem behindern diese internen Spaltungen die Fähigkeit der EU, gemeinsam auf Krisen in den internationalen Beziehungen zu reagieren. Die DP ermutigt daher den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, in Zusammenarbeit mit den Außenministern der Mitgliedstaaten Richtlinien für EU-Maßnahmen auszuarbeiten, um im Falle einer künftigen Krise schneller eine kollektive Reaktion durchführen zu können.

Ihre Unfähigkeit, in der internationalen Debatte wirklich Gewicht zu haben, ist sowohl auf ihre internen Spaltungen als auch auf den Mangel an Mut, ihre Positionen zu vertreten, zurückzuführen. Wir sind besorgt über die Unfähigkeit, die Spirale der Gewalt zu stoppen, in die der Nahe Osten seit Jahrzehnten verstrickt ist. Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Verurteilung der abscheulichen Verbrechen, die die Hamas am 7. Oktober 2023 begangen hat, und fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln. Europa muss jedoch weiterhin alle humanitären Initiativen, einschließlich der UNRWA, zur Linderung des Leidens der Opfer unterstützen, und zwar unter voller Achtung des humanitären Völkerrechts. Zu diesem Zweck sprechen wir uns für eine sofortige Feuerpause aus. Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, vor allem aber an Israel und das palästinensische Volk, einen politischen Ausweg aus der gegenwärtigen Tragödie im Nahen Osten zu suchen. Wir fordern die EU auf, keine Mühen zu scheuen, um die verantwortlichen Strömungen auf beiden Seiten zu ermutigen, den Weg des Dialogs einzuschlagen, um die Hindernisse zu beseitigen, die der Suche nach einer dauerhaften Lösung entgegenstehen, die darauf abzielt, die beiden zerstrittenen Völker unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts zusammenleben zu lassen, darunter insbesondere die Siedlungspolitik Israels in den palästinensischen Gebieten.

Jeder Mitgliedstaat hat seine eigene Kultur, seine eigene Geschichte, seine eigene diplomatische Tradition und sein eigenes Netz traditioneller Beziehungen. Daraus erklärt sich eine notorische Unfähigkeit, eine echte Verteidigungskapazität in der Union aufzubauen, und so zum großen Teil die geringe Wertschätzung, die die Partner der EU-Außenpolitik entgegenbringen. Anders wäre es, wenn sich die EU zu Beginn auf eine gemeinsame Interpretation ihrer Rolle in der Welt einigen könnte, kurz gesagt, wenn die EU-27 sich endlich auf eine echte politische Union zubewegen könnte. Die Abkehr von der Einstimmigkeitsregel bei der Festlegung ihres außenpolitischen Handelns ist ein großer Schritt nach vorn. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, um die Entscheidungsfindung in der Außenpolitik zu verbessern. Nichts zu tun bedeutet, die Europäische Union dazu zu verurteilen, weiterhin von den geringsten politischen Standards abhängig zu sein, sehr zur Freude des Diktators im Kreml, der durch seine trojanischen Pferde mit und ohne Regierungsverantwortung derzeit quasi ein Vetorecht in einem so wichtigen Bereich wie den Außenbeziehungen hat. Die DP unterstützt den Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Einstimmigkeitsregel in der Außenpolitik abzuschaffen, und fordert den Europäischen Rat auf, den Europäischen Konvent einzuberufen, der über die notwendigen Vertragsänderungen beraten soll.

Darüber hinaus muss Europa, das sich der entscheidenden Bedeutung seiner Beziehungen zu seinen großen Partnern bewusst ist, seine Beziehungen zum afrikanischen Kontinent unbedingt neu definieren. Unter den dringendsten Maßnahmen sind drei zu nennen:

1. Sich dafür einsetzen, dass der **Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Afrikanische Union geöffnet wird**, indem ihr ein ständiger Sitz mit denselben Rechten wie die derzeitigen ständigen Mitglieder angeboten wird ;
2. Schaffung der Grundlagen für eine immer engere Handelszusammenarbeit mit Afrika mit dem Ziel der Errichtung einer **Freihandelszone EU-Afrika**;
3. **Die Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht in die Praxis umsetzen**, die in erster Linie darauf abzielt, die Afrikaner und vor allem die Schwächsten unter ihnen vor unmenschlichen Praktiken der Ausbeutung ihrer Reichtümer zu schützen. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es logisch, einen Gipfel zum Schutz der afrikanischen Ressourcen vorzuschlagen, an dem alle Länder teilnehmen sollten, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit unserem Nachbarkontinent Afrika unterhalten.

8. Neue Migrationspolitik

Die Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union, Schauplatz oft unüberbrückbarer Differenzen, wird derzeit einer grundlegenden Reform unterzogen. Unabhängig vom Ausgang des Reformprojekts wird die DP unter keinen Umständen akzeptieren, dass Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Diktaturen fliehen, vom Asylrecht ausgeschlossen werden.

In Bezug auf Migration, die nicht unter das Asylrecht fällt, betont die DP die absolute Pflicht der zuständigen Stellen, unter allen Umständen sowohl innerhalb der EU als auch in den Nachbarländern, die direkt oder indirekt in die Behandlung von Migranten involviert sind, die Menschenrechtsstandards und humanitären Standards zu respektieren.

Um diesem ehrgeizigen Ziel gerecht werden zu können, ist es wichtig, die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern zu verbessern, indem wir in unseren internationalen Partnerschaften den Schwerpunkt stärker auf die humanitäre Betreuung legen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und eine größere Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen sind unerlässlich. Eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsländern und die Vereinfachung der Asylverfahren sind notwendig. Die DP begrüßt den Willen, den Pakt zu Einwanderung und Asyl zum Erfolg zu führen, der in ihren Augen eine zwar unvollkommene, aber ziemlich ausgewogene Einigung darstellt.

Vor dem Hintergrund des derzeitigen Arbeitskräftemangels in Europa wird die Migration eine Chance für unsere Arbeitsmärkte darstellen. Daher müssen wir effektivere rechtliche

Wege für die Einreise qualifizierter Arbeitskräfte in die EU entwickeln. Arbeitserlaubnisse müssen Migranten realistische langfristige Perspektiven bieten und so zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung beitragen. Die DP bedauert hingegen den geringen Enthusiasmus der meisten Mitgliedstaaten, die Migrationsschübe an der Wurzel zu packen. Im Rahmen ihrer Außenbeziehungen verfügen sie jedoch über zahlreiche Hebel, die jungen Menschen Perspektiven in ihren Herkunftsländern eröffnen könnten, insbesondere durch die Handels- und Entwicklungspolitik.

9. Rechte und Werte

Es versteht sich von selbst, dass das europäische Aufbauwerk auf den Werten beruhen muss, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie in der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates verankert sind.

Sexistische Gewalt ist eine Menschenrechtsverletzung. In Europa hat eine von drei Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr irgendeine Form von körperlicher und/oder sexueller Gewalt erfahren. Die EU-Mitgliedstaaten sollten ermutigt werden, die Istanbul-Konvention zu ratifizieren und umzusetzen, um Europa zu einem sichereren Ort für alle Frauen zu machen, indem sie die vielfältigen Formen der Gewalt anerkennen. Wir müssen jeglicher geschlechtsspezifischen Gewalt vorbeugen, indem wir Maßnahmen ergreifen, um sie zu verhindern, die Opfer zu schützen und die Täter zu verfolgen. Nur so kann Europa den Schutz und die Sicherheit aller Frauen, Mädchen und gefährdeten Gruppen in Europa, von Frauen mit Behinderungen sowie von Flüchtlingsfrauen, Migrantinnen und LGBTQIA + Personen, die in Europa ankommen, gewährleisten. Die DP bekämpft alle Formen der Verfolgung und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, des Geschlechts und jeder anderen Form der Identität.

Frauen müssen gleichberechtigten Zugang zu Mitbestimmung, Entscheidungsfindung, sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten sowie zu geschlechtersensiblen politischen Institutionen haben. Die DP legt Wert auf Vielfalt, Inklusion und einen transversalen Ansatz bei der Gleichstellung.

Wir müssen Frauen befähigen, ihre politischen Ambitionen zu verfolgen, wir unterstützen ihre Bemühungen in jeder Phase des Prozesses, wir strengen uns an, um die Barrieren auf ihrem Weg abzubauen, und wir kämpfen jeden Tag für eine Zukunft, die von ihren Stimmen mitgestaltet wird.

Die DP bekräftigt ihre Unterstützung für die Legalisierung der Ehe für alle und beglückwünscht Griechenland zu ihrer Umsetzung, wodurch Griechenland zu einem der 21 EU-Länder wird, die die gleichgeschlechtliche Ehe anerkennen. Diese Tatsache ist jedoch nicht in allen Mitgliedstaaten der Fall, wie z. B. in Italien. Die EU sollte die Mitgliedstaaten dazu aufrufen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Ehen zu legalisieren. Eingetragene zivile Partnerschaften und Ehen sollten in der gesamten EU anerkannt werden.

Die assistierte Reproduktion (In-vitro-Befruchtung) sollte es einem heterosexuellen Paar oder einem Paar, das aus zwei Frauen besteht, oder einer unverheirateten Frau ermöglichen, ein Kind zu bekommen.

Um die Bindung zwischen Neugeborenen und Vätern weiter zu stärken, will die DP den Vaterschaftsurlaub ohne Lohnverlust von zehn auf fünfzehn Tage ausweiten.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wird heute in mehreren ausländischen Ländern, wie den USA oder auch in Europa, zurückgedrängt. Die EU sollte ein Garant für bessere Bedingungen sein, unter denen die garantierte Freiheit der Frau, einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, ausgeübt wird.

10. Bessere Perspektiven für unsere Jugend

Aufgrund von COVID-19 bedeutet heute jung zu sein, dass man einen Teil seiner Schulzeit im Lockdown verbracht hat. Das bedeutet, dass man Gefahr läuft, arbeitslos zu werden.

Wir müssen sicherstellen, dass Kinder, von Anfang an, die Unterstützung und den Schutz erhalten, die sie brauchen. Die DP unterstützt daher die umfassende EU-Strategie für die Rechte des Kindes und die Europäische Kindergarantie. Bildung spielt eine Schlüsselrolle bei der Förderung der sozialen Eingliederung und der Gleichstellung in der EU. Zwar sind die Mitgliedstaaten für die allgemeine und berufliche Bildung zuständig, doch muss die EU die Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften erleichtern und vor allem in die außerschulische Bildung investieren.

Das Programm Erasmus +, eine der größten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union, an dem jedes Jahr mehr als eine Million junge Menschen teilnehmen, sollte weiter ausgebaut werden. Die DP, die sich diesem Programm und ähnlichen Initiativen verpflichtet fühlt, spricht sich entschieden für den quantitativen wie auch qualitativen Ausbau dieser Austauschmaßnahmen aus. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wäre es zudem von Vorteil, akademische und kulturelle Austauschprogramme mit Großbritannien zu fördern, um die kulturellen Bindungen zwischen jungen Menschen auf beiden Seiten des Kanals aufrechtzuerhalten und neu zu beleben. Darüber hinaus setzt sich die DP dafür ein, allen jungen Europäern die Möglichkeit zu garantieren, mit Hilfe eines Interrail-Passes einen Monat lang die Europäische Union mit dem Zug zu erkunden. Folglich wird es notwendig sein, das Programm „Discover EU“, das derzeit nur einer begrenzten Anzahl von 18-Jährigen vorbehalten ist, auf alle jungen Europäer auszuweiten.

Die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen und beruflichen Qualifikationen junger Menschen ermöglicht es ihnen, die Ausbildung besser zu absolvieren, die ihren Bedürfnissen in der Europäischen Union am ehesten entspricht, und bietet ihnen auch mehr Auswahl und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die DP setzt sich für eine umfassende, automatisierte und kohärente gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen ein.

Die DP setzt sich dafür ein, die Unterstützung für arbeitslose Jugendliche zu verbessern, um ihnen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wie zum Beispiel das EU-Programm ALMA (*Aim, Learn, Master, Achieve*) der Europäischen Kommission, das arbeitslosen Jugendlichen die Möglichkeit bietet, zwei bis sechs Monate lang Erfahrungen in einem anderen EU-Land zu sammeln. Beispielhaft ist auch das Programm *Erasmus for young entrepreneurs*. Die DP unterstützt dieses Projekt und ähnliche Ansätze im Interesse künftiger Generationen.

Im Kampf gegen den Konsum illegaler Drogen in der EU ist eine ausgewogene Strategie erforderlich, um zukünftige Generationen zu schützen. Es ist wichtig, den Cannabiskonsum zu entkriminalisieren und die kontrollierte Liberalisierung von Cannabis auf europäischer Ebene sicherzustellen. Eine kontrollierte Liberalisierung von Cannabis würde den Schwarzmarkt eindämmen, die öffentliche Gesundheit schützen und den Drogenkonsum insgesamt entkriminalisieren. Parallel dazu müssen wir den Kampf gegen den Drogenhandel intensivieren, indem wir die Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit internationalen Partnern ausbauen und Präventions-, Bildungs-, Schadensminderungs- und Rehabilitationsmaßnahmen zur Bekämpfung des Konsums illegaler Drogen umsetzen. Diese Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung, um die Sicherheit der Bürger, insbesondere der Jugendlichen, in der EU zu gewährleisten.

Wir erkennen auch an, dass in der gesamten Europäischen Union der Zugang zu Wohnraum für junge Menschen zunehmend schwieriger wird. Wir schlagen vor und streben an, politische Maßnahmen zu unterstützen und umzusetzen, um das Wohnungsangebot zu erhöhen und Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen, indem wir eine Kombination aus privatem und öffentlichem Engagement anstreben. Die DP verpflichtet sich, unseren Forschern, Architekten, Stadtplanern, Mobilitätsexperten usw. zuzuhören, um sicherzustellen, dass die Europäische Union, wo immer sie kann, politische Maßnahmen fördert und Anreize schafft, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, unseren Bürgern mehr Möglichkeiten für verschiedene Wohntypologien zu bieten.

11. Kultur

Kulturelle Vielfalt unterstützen, digitale Innovation nutzen, Nachhaltigkeit fördern und die Kulturdiplomatie einsetzen sind wichtige Prioritäten für ein Europa mit vielen Chancen und Bedrohungen. Die kulturelle Identität, die schon innerhalb der Nationen selbst und erst recht auf europäischer Ebene vielfältig ist, ist sowohl ein Unterscheidungs- als auch ein Inklusionsfaktor. Wir wollen die EU in ihrer Rolle als Vermittlerin im Bereich des kulturellen Austauschs und als Verteidigerin der Besonderheit der europäischen Kultur im Rahmen der Abkommen, die sie mit Drittländern aushandelt, unterstützen.

Wir erwarten von der EU, dass sie sich mit Nachdruck und Entschlossenheit für den Schutz des künstlerischen Schaffens einsetzt, das von Unternehmen, die sich künstlicher Intelligenz bedienen, missbraucht wird.

Die EU muss die Mitgliedstaaten weiterhin dabei unterstützen, die zahlreichen Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern, darunter auch die Stärkung der **Kultur als Mittel für den interkulturellen Dialog und die soziale Eingliederung**. Zu diesem Zweck muss die EU in der Lage sein, einen Beitrag zu leisten:

- eine gute kulturelle Entwicklung für alle Gebiete der EU, indem sie unter anderem die Mobilität von Bürgern und Künstlern unterstützt;
- Entwicklung integrativer Ansätze, damit sich die Vielfalt der Kulturen entfalten kann;
- die Öffnung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit für breite Bevölkerungsschichten zu fördern;
- die Praxis der „Kulturhauptstädte Europas“ weiter zu entwickeln und zu perfektionieren. Dieses Konzept, das nächstes Jahr seinen 40. Geburtstag feiert, richtet sich an diese verschiedenen Bereiche und zielt genau darauf ab, die Vielfalt unseres reichen materiellen und immateriellen Kulturerbes hervorzuheben und die Bande, die uns verbinden, zu stärken.

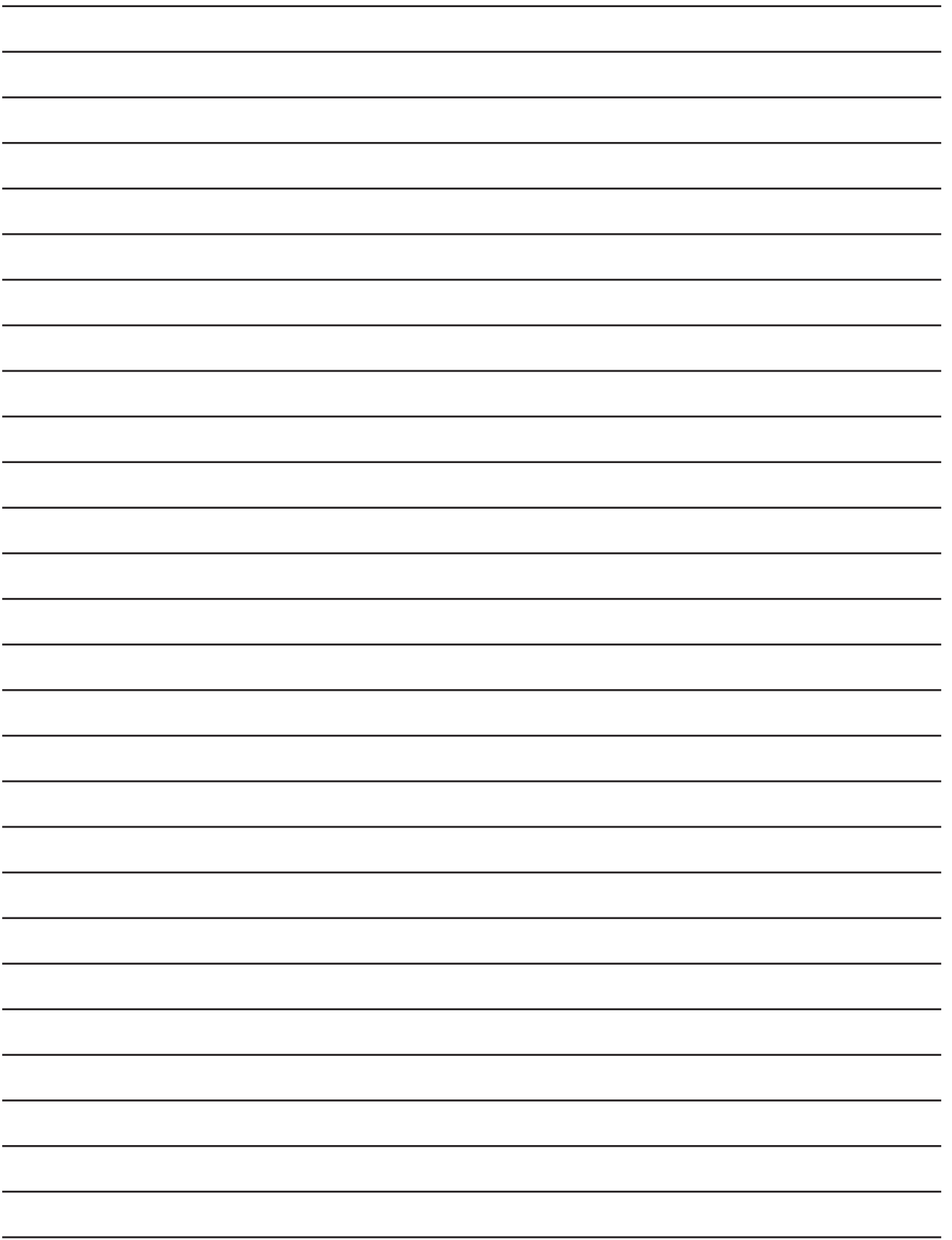
Die Zukunft Europas wird unter anderem von der psychischen Gesundheit der zukünftigen Generationen abhängen, auf die man sich in den kommenden Jahren konzentrieren muss. Programme wie *Culture for health* werden weiter gefördert, um dem Trend zu psychischen Störungen, mit denen sich junge Menschen konfrontiert sehen, entgegenzuwirken.

Eine weitere Herausforderung liegt in den wirtschaftlichen Auswirkungen der Kultur. Die Kultur und die wirtschaftliche Kreativität stehen aufgrund der zunehmenden Anwendung künstlicher Intelligenz, der Alterspyramide der Kulturschaffenden und dem daraus resultierenden Arbeitskräftemangel sowie strukturellen Defiziten vor massiven Veränderungen. So möchte die DP erneut ihre Unterstützung für die zahlreichen Freiwilligen bekräftigen, die eine wesentliche Stütze des Kultursektors darstellen.

Die sozioökonomischen Auswirkungen des Sektors sind auch von der exponentiellen Entwicklung der künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung geprägt.

Die Digitalisierung ist ein integraler Bestandteil des Transformationsprozesses, aber man wird darauf achten müssen, dass vor allem im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz die Nutzungs- und Rahmenbedingungen so geschaffen werden, dass das Werkzeug zum Wohle der Gesellschaft, angefangen bei der jüngsten Generation, eingesetzt wird und dass andererseits die Rechte der Urheber und Künstler geschützt werden.

Bildung, Unternehmertum junger Menschen und Innovationen müssen intensiv gefördert werden, aber gleichzeitig muss der Schutz der verschiedenen Säulen des Sektors gewährleistet werden. Besondere Aufmerksamkeit muss den Versuchen ausländischer Einflussnahme auf die Filmindustrie und insbesondere auf den Inhalt der künstlerischen Werke gewidmet werden.



EUROPA.

STÄERKEN, WAT EIS SCHÜTZT.



DEMOKRATESCH PARTEI

2A rue des Capucins,

L-1313 Luxembourg

Tél.: 22 10 21 | dp@dp.lu | www.dp.lu

